

Flüchtlinge: Kliniken haben Lage im Griff

Mitarbeiter als Dolmetscher, selbst gebastelte Zettel auf Arabisch: Krankenhäuser reagieren mit teils unkonventionellen Lösungen auf Herausforderung

VON CLAUDIA SCHWEDA
UND ANGELA DELONGE

Würselen/Düren/Heinsberg. Die Versorgung der neu ankommenden Flüchtlinge stellt die Krankenhäuser in NRW vor neue Herausforderungen. Vor allem die Sprachbarrieren seien zum Teil erheblich und sorgten für eine zusätzliche Belastung in den Notaufnahmen, berichten mehrere Krankenhäuser in NRW. Gut, wenn ein Krankenhaus da so unkonventionelle Maßnahmen ergreift wie das

Medizinische Zentrum (MZ) der Städteregion Aachen: Dort wird den Flüchtlingen vor der Untersuchung ein selbst gebastelter Zettel mit Fragen und Anweisungen auf Arabisch in die Hand gedrückt. „Das ist eine gute Hilfestellung“, sagt Krankenhaussprecher Felix Lennertz. Zudem greift man auf die syrischen Ärzte am Haus zurück, und es kursieren 80 Exemplare des bebilderten Sprachführers „Zeig mal!“, mit dem sich schnell kommunizieren lässt. Aber auch auf Englisch funktioniert die Verständigung: „Es handelt sich überwiegend um Menschen aus dem gebildeten Mittelstand, die in einem guten gesundheitlichen Zustand sind“, sagt Lennertz.

Im Krankenhaus Düren geht man ähnlich unkonventionell vor: Bei 1200 Mitarbeitern im Haus seien viele Nationalitäten vertreten, sagt Sprecher Christoph Lammertz. Im Zweifel könnten sie bei Verständigungsproblemen der medizinischen Teams auch während ihrer eigenen Dienstzeit in die Erstaufnahmeeinrichtungen fahren, um zu helfen. Viele hätten auf frei-

williger Basis ihre Hilfe angeboten und machten das meist außerhalb der eigenen Arbeitszeit.

Für den Kreis Düren spricht Lammertz von einem „wunderbaren Zusammenspiel des Gesundheitsamtes, der niedergelassenen Ärzte und den Kliniken“. Jede Klinik und die niedergelassenen Ärzte stellten Teams, die dann in die Flüchtlingseinrichtungen gerufen werden, wenn neue Flüchtlinge kommen. Auch zahlreiche Ärzte im Ruhestand engagierten sich in

„Die Hilfsbereitschaft unter den Ärzten ist extrem groß.“

DETLEF FUNKEN, SPRECHER
DER STÄDTEREGION AACHEN

diesen Teams. „Durch die Verteilung auf viele Schultern ist das für alle zu schaffen“, sagt Lammertz.

In der Städteregion erfolgt die erste Inaugenscheinnahme am Tag der Ankunft in der Unterkunft durch Rettungssanitäter, am nächsten Tag geht's zur Erstuntersuchung. Die erfolgt entweder durch ehrenamtliche Ärzteteams vor Ort oder – wie die Röntgenuntersuchung – in einem der Krankenhäuser der Städteregion. Alle Personen, die älter als 15 Jahre und nicht schwanger sind, werden wegen Verdachts auf Tuberkulose geröntgt. Bei jüngeren und Schwangeren erfolgt diese Untersuchung mit einem Bluttest. „Wir haben das im Moment alles sehr gut im Griff“, betont Detlef Funken für die Städteregion.

Trotzdem ist an manchem Krankenhaus eine deutliche Mehrbelastung zu spüren. In die Eifelklinik



Alle Hände voll zu tun: In vielen Krankenhäusern und Aufnahmeeinrichtungen der Region finden derzeit täglich Erst- und Röntgenuntersuchungen von Flüchtlingen statt. Die meisten sind bei guter Gesundheit. Foto: dpa

St. Brigida in Simmerath kommen pro Woche etwa 60 Flüchtlinge allein zur Röntgenuntersuchung. „Wir haben dafür extra zwei Routinetage eingerichtet“, sagt Julia Schädler aus der Zentralambulanz.

Die Aachener Uniklinik ist dagegen in die Erstuntersuchungen bisher gar nicht eingebunden, wie deren Sprecher Mathias Brandstädter mitteilt. Es würden lediglich Flüchtlinge im Rahmen der ambu-

lanten Notfallversorgung versorgt – bislang in überschaubarer Zahl. Zur stationären Versorgung von Flüchtlingen nennt das Krankenhaus Düren eine Größenordnung: Von 5000 Patienten im Quartal seien in den vergangenen drei Monaten 13 Flüchtlinge gewesen.

Auch im Kreis Heinsberg erfolgt die Erstuntersuchung dezentral. So wurden beispielsweise in der Selbstkaskasern in Geilenkirchen-Nie-

derheid vier Arztzimmer eingerichtet, in denen freiwillige Ärzteteams Dienst tun. Zum Röntgen werden alle Ankommenden in die vier Krankenhäuser des Kreises gefahren, erklärt der Sprecher des Kreises Heinsberg, Ulrich Hollwitz. Um die medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen, wurden besondere Tage und Termine für diese Untersuchungen eingerichtet.